

Fremdarbeiterprobleme

Referat von Herrn Jean-Pierre Bonny, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, anlässlich der Botschafterkonferenz 1974 (6. September 1974)

Direktor Bonny erwähnt zunächst die Hilfe, die ihm die von den verschiedenen Botschaftern übermittelten Dokumente und Berichte erweisen und bedankt sich hiefür.

Er teilt sein Referat in vier Abschnitte ein, nämlich

- 1) das Ueberfremdungsproblem an sich
- 2) die Fremdarbeiterpolitik von 1970 - 1973
- 3) die wesentlichen Punkte des BRB von 1974
- 4) Ausblick auf die künftige Politik.

1. Das Ueberfremdungsproblem an sich

Bei einem kürzlichen Besuch in Norwegen konnte er feststellen, dass die Regierung Bratteli einen Einwandererstopp von nicht-skandinavischen Ausländern ins Auge fasst, obgleich der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Norwegen nur ca. 1 % beträgt, wogegen dieser Prozentsatz in der Schweiz immerhin an die 17 % ausmacht, was in Europa, abgesehen von Luxemburg, den höchsten Ausländeranteil gemessen an der Gesamtbevölkerung darstelle.

Probleme mit Fremdarbeitern gäbe es auch in unseren Nachbarländern Deutschland und Frankreich, obwohl dort die entsprechenden Prozentzahlen (6 - 7 %) bedeutend niedriger seien als bei uns. Bei aller Weltoffenheit und Toleranz ist der Redner doch der Ansicht, dass in bezug auf die Ausländer die Schweiz

bei einem Schwellenwert angelangt ist, der bei einer Ueberschreitung Reaktionen bei weiten Kreisen hervorrufen kann, die durchaus nicht einfach als xenophobe Extremisten abgestempelt werden können. Diese Beunruhigung darf nicht einfach nur als emotionsgeladenes Malaisegefühl abgestempelt werden. Es gibt durchaus sachbezogene Gründe, die erfordern, dass wir das Problem in den Griff bekommen. Die Konzentration des Grossteils der ausländischen Arbeitnehmer in der "unteren Unterschicht" führt zu Verzerrungen des sozialen Gefüges, die die Gefahr einer Ghettobildung aufkommen lassen. Wir haben auch ökonomische Bedenken. Es fragt sich, wieweit es wirtschaftlich wünschbar ist, wenn z.B. im Mendrisiotto Textilbetriebe eine Belegschaft aufweisen, die zu 80 - 90 % aus Ausländern, wovon ein Teil "faux frontaliers" sind, besteht. Zudem scheint das Produktivitätswachstum der schweizerischen Wirtschaft an natürliche Grenzen gestossen zu sein, was sich auch in einer Abflachung der BSP/Kopf-Kurve zeigt. Neben anderen Faktoren spielt hier auch das Fremdarbeiterproblem hinein.

Aus diesen Gründen ist es völlig falsch, wenn man in den Massnahmen des Bundesrates nur eine Reaktion auf die Vorstösse der NA und der Republikaner sieht. Man braucht sich für den Willen zur Stabilisierung und zum eventuellen Abbau der Fremdarbeiterzahl nicht zu entschuldigen, denn der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung hat in der Schweiz einen Grad erreicht, der energische Massnahmen nötig macht, ohne dass diese als hinterwäldlerische Fremdenfeindlichkeit missverstanden werden müssen.

2. Die Fremdarbeiterpolitik von 1970 - 1973

In der Fremdarbeiterpolitik des Bundesrates ist 1970 eine Zäsur eingetreten, in dem die Betriebsplafonierung abgelöst wurde durch eine Globalplafonierung. Die Betriebsplafonierung

hatte aus verschiedenen Gründen nicht befriedigt: einmal konnte ein genügender Abbau nicht mehr gewährleistet werden; zudem zeigten sich stossende Ungleichheiten, indem alte Betriebe mit ihrer festen Zuteilung an Fremdarbeiterplätzen eine Art Monopolstellung innehatten, während neue Betriebe keine Möglichkeit besaßen, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Dadurch entstand die Gefahr einer Petrifizierung unserer Wirtschaft.

Durch die Globalplafonierung konnte flexibler vorgegangen werden, und gleichzeitig, dank Verfolgung einer harten Linie in der Anwendung des Beschlusses, das neue Ziel der Stabilisierung der erwerbstätigen Jahresaufenthalter und Niedergelassenen auf der Basis von 1969 erreicht werden.

In einer zweiten Etappe wurde im BRB von 1972 ein Kontingent zur Umwandlung von unechten Saisoniers in Jahresaufenthalter ausgeschieden.

Im BRB von 1973 wurde ein Höchstbestand für Saisoniers festgelegt, und tatsächlich ist heute ein Rückgang in dieser Sparte zu beobachten. Erstmals wurden auch die Grenzgänger erfasst, mit dem Ziel, unechte Verhältnisse auch hier auszumerzen. Die Zahl der Grenzgänger hat immer noch zugenommen; dieses Problem bleibt bestehen.

In einer Zusammenfassung zieht der Redner dann Bilanz über die Periode 1970 - 1973. Als positive Punkte erwähnt er:

- den Systemwechsel von der Betriebs- auf die Globalplafonierung
- die Verfeinerungen bezüglich des Einbezugs der Saisoniers und der Grenzgänger
- die eindeutige Einhaltung der bundesrätlichen Versprechungen

Als negative Punkte führt er auf:

- die ausländische Wohnbevölkerung hat weiter zugenommen (um ca. 80'000)
- nach dem Abstimmungs"erfolg" von 1970 sind zu wenig offensive Massnahmen ergriffen worden.

3. Die wesentlichen Punkte des BRB von 1974

Das wichtigste Novum des BRB von 1974 ist die Zielsetzung: Im Laufe dieses Jahrzehnts ist mindestens die Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung herbeizuführen. Da das weitere Ansteigen vor allem im Geburtenüberschuss und im vermehrten Nachziehen der Familie begründet ist, kann hier nicht einfach von einem Tag auf den andern ein Stopp erzielt werden. Es muss vorerst eine Reduktion der Zuwachsrate erreicht werden, was unter normalen Voraussetzungen 1977/78 der Fall sein sollte, im Falle einer Rezession vielleicht auch früher. Dieses Ziel kann aber nur dadurch erreicht werden, dass die ausländischen Arbeitskräfte jährlich um ca. 7'000 - 10'000 Arbeiter reduziert werden. Dies wiederum ist nur möglich, wenn auch bisher nicht unterstellte Bereiche in die Stabilisierungsmassnahmen einbezogen werden, wie das Gesundheits- und Erziehungswesen, so schwerwiegend dieser Schritt auch sein mag.

Wegen der infrastrukturellen Mehrbelastung der Universitätskantone musste der bisher angewandte Verteilungsschlüssel geändert werden.

Diese Politik ist nicht ohne negative Auswirkungen auf wirtschaftlichem Gebiet; so wird namentlich das Gefälle zwischen Berg- und Industriekantonen verschärft und der Strukturbereinigungsprozess der Wirtschaft beschleunigt.

Last but not least: Von allergrösster Bedeutung ist eine reibungslose, verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Andernfalls hängt der ohnehin schon schwierige Vollzug in der Luft. Wir hätten dann eine *lex imperfecta*.

4. Ausblick auf die künftige Politik

Die Voraussetzung für die Weiterführung der bundesrätlichen Politik ist natürlich die Ablehnung der 3. Ueberfremdungsinitiative am 20. Oktober durch das Volk, aber von entscheidender Bedeutung ist auch, dass nachher ein "Aufbruch zu neuen Ufern" erfolgt. Es ist wesentlich, dass dabei eine globale Lösung gesucht und gefunden wird, die dann auch gegenüber den noch folgenden Ueberfremdungsinitiativen vertreten werden kann. Dies soll ja nicht heissen, dass nun ein abrupter Bruch in der Politik des Bundesrates erfolgen soll; die bisherige Politik hat sich in den grossen Linien bewährt. Vor allem muss man sich vor der Meinung hüten, die Restriktionspolitik könne durch eine Assimilierungspolitik ersetzt werden. Die künftige Politik muss sich nach Meinung des Redners auf folgende drei Säulen stützen:

- Weiterführung der Restriktionspolitik zur Erreichung mittelfristiger Ziele und zur Schaffung des nötigen "Good-wills" im Volk. Das "quantitative" Moment bleibt integrierender Bestandteil der Fremdarbeiterpolitik. Andernfalls kann das neue Versprechen des Bundesrates nicht eingehalten werden.
- Verstärkung des qualitativen Moments, Umwandlung der unechten Saisoniers und Verhinderung jeder Diskriminierung.

Die Assimilationsmöglichkeiten sind eher besser, da die Dauer des Aufenthalts in der Schweiz immer länger wird.

- Vermehrte Betonung koordinierter flankierender wirtschaftlicher Massnahmen - die direkt auch Schweizern zugute kommen sollen -, um die Schwierigkeiten zu mildern, die z.B. im Zusammenhang mit dem Gefälle zwischen Berg- und Industriekantonen (Migrationsbewegung), mit der Akzeleration des Strukturbereinigungsprozesses (Betriebsschliessungen, Sicherheit des Arbeitsplatzes) aufgetreten sind.

Die Fremdarbeiterfrage ist ein ausserordentlich schwieriges Problem. Beherzigen wir dabei ein Wort aus der Heiligen Schrift:

"Gott gebe uns die Gelassenheit, gleichmütig hinzunehmen, was nicht zu ändern ist; den Mut zu ändern, was sich ändern lässt; die Weisheit schliesslich, beides zu unterscheiden!"

(Prediger 2.3.)